

Ersteinigt heißt
nachdem mit
der Sonn- und Wochentags.

Abonnementpreis
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
jährlich 5.00 Mk. Porto
bis zum Postamt
1.05 Mk. zahl. Postnachk.

Die Neue Welt
(Wochenzeitung)
durch die Post nicht
bestellbar, jedoch monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Kassengasse 17.
Verkaufsstelle Halle a. S.



Insertionsgebühr
betragt für die 6 spalten-
weitige oberste Zeile
10 Pf. für die 2. bis 6. Zeile
5 Pf. für die 7. bis 10. Zeile
3 Pf. für die 11. bis 15. Zeile
2 Pf. für die 16. bis 20. Zeile
1 Pf. für die 21. bis 25. Zeile
1 Pf. für die 26. bis 30. Zeile
1 Pf. für die 31. bis 35. Zeile
1 Pf. für die 36. bis 40. Zeile
1 Pf. für die 41. bis 45. Zeile
1 Pf. für die 46. bis 50. Zeile
1 Pf. für die 51. bis 55. Zeile
1 Pf. für die 56. bis 60. Zeile
1 Pf. für die 61. bis 65. Zeile
1 Pf. für die 66. bis 70. Zeile
1 Pf. für die 71. bis 75. Zeile
1 Pf. für die 76. bis 80. Zeile
1 Pf. für die 81. bis 85. Zeile
1 Pf. für die 86. bis 90. Zeile
1 Pf. für die 91. bis 95. Zeile
1 Pf. für die 96. bis 100. Zeile

Interests
für die 1. bis 5. Spalte
1 Pf. für die 6. bis 10. Spalte
1 Pf. für die 11. bis 15. Spalte
1 Pf. für die 16. bis 20. Spalte
1 Pf. für die 21. bis 25. Spalte
1 Pf. für die 26. bis 30. Spalte
1 Pf. für die 31. bis 35. Spalte
1 Pf. für die 36. bis 40. Spalte
1 Pf. für die 41. bis 45. Spalte
1 Pf. für die 46. bis 50. Spalte
1 Pf. für die 51. bis 55. Spalte
1 Pf. für die 56. bis 60. Spalte
1 Pf. für die 61. bis 65. Spalte
1 Pf. für die 66. bis 70. Spalte
1 Pf. für die 71. bis 75. Spalte
1 Pf. für die 76. bis 80. Spalte
1 Pf. für die 81. bis 85. Spalte
1 Pf. für die 86. bis 90. Spalte
1 Pf. für die 91. bis 95. Spalte
1 Pf. für die 96. bis 100. Spalte

Eingetragen in die
Postregierungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Barz 42/43. Redaktion: Barz 42/43.

Die Kosaken.

Stück für Stück weicht dem Jarkismus der Boden unter den Füßen. Jede Sitzung der Duma bringt eine vernichtende Bemerkung der korrupten und verbrecherischen Regierungssysteme; die Arbeiter rufen zu neuen politischen Ausschüssen; die Meutereien und Verschwörungen im Heere wiederholen sich und breiten sich aus, die Bauern revoltieren immer häufiger und nun drohen auch noch die Kosaken zu verjagen. Die Kosaken, bisher die verlässlichste Stütze des alten Despotismus, die wie geboren erschienen für die schrecklichste Rolle der Fener und Schlächter eines um seine Freiheit ringenden Volkes! Sollen auch hier die in längstvergangenen Zeiten vorbesten Verbrechen des Jarkismus sich endlich wiederholen?

Da erscheinen Tausende und Abertausende blutiger Schotten, wenn man auf die Geschichte Russlands in den letzten drei Jahrhunderten zurückblickt. Die Kosaken waren, wie im Hamburger Echo geschrieben wird, nicht immer die Schutztruppen des Despotismus, als die sie in neuerer Zeit erschienen sind. Die verschiedenen Kosakenstämme waren erst nur losse dem russischen Reich angegliedert; sie hatten alle Vorrechte und mehrfach ganz demokratische Einrichtungen. Das Jarentum suchte diese nach und nach zu vernichten und daraus entstanden jene furchtbaren Kosakenaufstände, die in vielen Beziehungen den Bauernkriegen im mittleren und westlichen Europa gleichen.

Stenka Rasin und Semellan Pugatschow, die Namen dieser beiden Revolutionäre sind bei dem Kosakenvolk so wenig vergessen, als bei dem deutschen Volke die Namen Ulrich von Hutten und Thomas Münzer. Selbstverständlich hatten diese Rebellen der Steppe auch die halb- oder ganzsittlichen Eigenschaften ihrer Stämme an. Die Geschichtsschreibung der herrschenden Klassen in Russland und anderwärts hat diese Persönlichkeit einfach als raub- und blutgierige Abenteuer dargestellt. In Wahrheit erschienen sie als Kämpfer freiwirtschaftlicher Bewegungen, die nach der Natur der Sache mit staatlichen Gezielen verbunden waren. Diese Gezielen waren aber nur ein dummer Schatten seiner Verne, die von dem Jarentum bei und nach der Wiederherstellung jener Volkserhebungen verübt wurden. Beide Bewegungen waren gegen die Leibeigenschaft gerichtet, welche sich die Kosaken nicht gefallen lassen wollten. In beiden Bewegungen spielte ein falscher Jar eine Rolle und Pugatschow, dessen Erhebung in die Regierung der Gattendürbinder und Staatsfeindin Katharina II. fiel, gab sich für den ermordeten Kaiser Peter III. aus. Stenka Rasin ward 1670 befehligt und bald darauf hingerichtet; die Sache der Sieger badele sich im Blute von mehr als 100 000 Gefangenen. Pugatschow wollte die Leibeigenschaft aufheben und zugleich den Adel, die künftige Bureaucratie und die Staatsgewalt beseitigen. Ob der Peter III., der diese Ziele verfolgte edel oder nicht edel war, ist den Kosaken damals wohl gleichgültig; sie schlossen sich ihm in Waffen an. Nachdem er verschiedene Vorteile errungen, wollte

er auf Moskau rücken, wo eine starke Partei nur auf seine Ankunft wartete, um eine große Schilderhebung in Szene zu setzen; auch unter den Tataren und Kirgisen zeigten sich revolutionäre Bewegungen. Pugatschow verstand es aber nicht, seine toden Massen genügend zu disziplinieren; er ward mehrfach geschlagen und von Verrätern in die Hände seiner Feinde geliefert, worauf ihn Katharina 1775 zu Moskau hinstrecken ließ. Nach außen gelangt man natürlich nicht ein, wie gefährlich dieser Aufstand dem Jarentum gewesen war.

Von da ab blieben die Kosaken getreue Knechte des russischen Despotismus; sie hauchten mit viehischer Wut in dem unglücklichen Polen, und beim Niedergang Napoleons aus Moskau 1812 waren die ersten Gebühne hinter den von einem ausbreitendsten harten Winter desorganisierten Franzosen her, während kriegerische Bestungen, zu denen Mut und Tapferkeit erforderlich, bei ihnen wenig oder gar nicht zu merken sind. Auch in den polnischen Aufständen der dreißiger und vierziger Jahre und 1849 in Ungarn haben sie jene Grausamkeit und Mord- und Raubgier bezeugt, mit der sie in jüngerer Zeit gegen die russischen Revolutionäre im besonderen und gegen das Volk im allgemeinen vorgegangen sind. Namentlich in den Ostseeprovinzen haben sie wie Tiger gehaust.

Vor einiger Zeit hat man die revolutionären und oppositionellen Elemente in Russland mit der Drohung zu schrecken versucht, die Regierung werde 700 000 Kosaken in das Land rufen und diese fürchterlichen Horden auf das russische Volk loslassen. Diese Drohung ist indessen eine ganz leere, denn die Kriegsmarine der Kosaken bleibt hinter dieses ungeheuren Zahl weit zurück. Bei den mangelhaften Nachrichten, die über die Stärke der russischen Armeen in die Defensivität kommen, kann man diese Kriegsmarine nur annähernd schätzen; vor zehn Jahren betrug sie kaum 200 000 Mann; sie mag indessen bedeutend geleigert worden sein, wird aber kaum mehr als die Hälfte der angeblichen Stärke betragen. Ob die russische Regierung überhaupt jetzt die Mittel hat für die Unterhaltung einer solchen Streitmacht, mag hier nicht weiter erörtert werden. Aber es zeigt sich unter den Kosaken eine starke Strömung, welche nicht mehr mittelmäßig. Zunächst sind wirtschaftliche Gründe maßgebend. Die Kosaken können oder wollen die zum Dienst angezogenen Arbeitskräfte für ihre Landwirtschaft nicht länger entbehren. Man kann einwenden, daß bei anderen Gelegenheiten die Kosakenmannschaften auch lange von der Heimat wegbehalten sind. Gewiß, aber es tritt noch ein anderes Moment hinzu, wie das unlängst in der Duma mit großem Nachdruck betont wurde: ein großer Teil der Kosaken schämt sich der Henterei, die ihnen übertragen ist. Und darin liegt noch eines der merkwürdigsten Zeichen der Zeit: diese rauben und toben Schöne der Steppe tragen immer noch menschliche Empfindungen in sich, als die russische Bureaucratie, in deren Auftrag sie morben, fengen und brennen, plündern und alle nur zu erfindenden Unthaten gegen Weib und Kind begehen.

Wir wollen die Symptome der Einkehr besserer Gesinnungen bei einem Teile der Kosaken nicht übersehen und

werden abwarten, was sich weiter zeigt. Verlegt aber das Jarentum nach und nach wirklich, dann bedeutet diese Bewegung das Ende des Kampfes zwischen dem russischen Volke und dem Absolutismus, und dem letzteren bleibt keine Wahl mehr; er müßte die Waffen strecken. Dann würde es nicht einmal mehr zu dem so vielfach erwarteten letzten Verzweiflungskampfe kommen. Einen düsteren Hof der Weltgeschichte kann es allerdings kaum geben, als wenn sie den in sich zusammenstürzenden russischen Despotismus von seinem Kosaken den Gnadenstoß geben läßt.

Von Herzen wünschen wir, daß sich die Symptome einer Umkehr bei den Kosaken bald in eine feste und unüberwindliche Stimmung verwandeln mögen. Den Revolutionären und Fraktionären in der ganzen Kulturwelt, die uns in die Rufe des Mittelalters und in seine Barbarei zurückzuführen möchten, wird es kalt über den Rücken rieseln, wenn sie bemerken, daß die Peilströmung auch die Kosaken mit sich gerissen hat. Wo bleibt ihnen da noch ein sicherer Anhalt für die Zukunft? Die Staatsweisen im mittleren Europa werden sich momentan wieder die Köpfe, wie den sinkenden Absolutismus noch einmal aufzusetzen. Ein bishigen Abbruch der Kosaken kann diese ganze Staatsweisheit täglich anschauen machen.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 5. Juli 1906.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Mittwoch zunächst einen Bündel Petitionen und warf alsdann dem Agrarier eine neue Vorlesung in Gehalt eines Gesetzes über die Versicherungsgrenze des Land- und forstwirtschaftlichen Besitzes in den nimmeralten Kreisen. Die Genossenschaften und die Zentral-Genossenschaftsämter sollen dem ersahenen Zweck, die Junter zu entscheiden, dienlich gemacht werden. Der freistimmige Criger wandte sich mit Schärfe gegen die Vorlage, die selbst den Nationalliberalen und einem Teil des Jentrums unüberdaulich ist. Pöbblstet erwarb sich durch „warmes“ Eintreten für die Vorlage, die natürlich angenehm in der Dank seiner agrarischen Freunde. Am Freitag ist die nächste Sitzung. Die vom Herrenhause abgeordnete Schulvorlage steht auf der Tagesordnung.

Das Herrenhaus setzte am Mittwoch die „Schlußberatung“ des Volksschulgesetzes fort. Die wiederholte Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Klügel zugunsten der Kreisbaukschiffe — der Antrag war Dienstag von der Regierung für unannehmbar erklärt worden — ergab eine Annahme, sogar mit verstärkter Majorität. Die bürgerlich-professoral-bürgermeisterliche „Ante“ unter Führung des Oberpräsidenten von Schlesien Heros Trachenberg, Sabsfeldt erlangt einen kleinen Sieg, indem sie eine Verklammerung aus der Vorlage frucht, wonach konfessionelle Unterscheidungen den Städten wider ihren Willen aufzuzwingen werden können. Es bleibt aber abzuwarten, ob diese kleine, aber unglückbare Ver-

Mutterfreunden.

Roman von G. Salomon.

27) „Ich ebensovornig wie Du, lieber Ernst“, entgegnete Friedel. „Wenn Du Dich aber über diese widerwärtigen Logik wunderst, dann begriffst Du nicht den ganzen Aufbau unserer Heeresorganisation. Eines bedingt das andere. Die Parole heißt bei uns immer noch: Gewalt geht vor Recht. Und so lange diese Parole besteht, wird es auch nicht anders werden. Darum hast Du nun eine nicht denken, daß auch von Deiner Seite einmal Gewalt angewendet werden dürfte. O nein, die Gewalt ist stets auf der anderen Seite, auf der auch das Recht ist. Du hast immer unrecht, so lange Du untergeben bist. Sieh Dir doch die ganzen höchst eigenartigen Urteile über Soldaten-Mißhandlungen etwas näher an. Ich will Dir nur zwei solcher Urteile hier mitteilen, die ich als Unteroffizier aus einem Gemeinen wegen eines geringfügigen Vergehens ein Urteil erließ. Wie ich derselbe das verurteilt, erhält er noch eine. Darauf ist auch der Gehaltsbescheid dem Unteroffizier ins Gesicht, weil er sich nicht täufeln an seinen Vorgesetzten vergreifen darf. Der Unteroffizier melbet den Vorgesetzten und der Gemeine wird sofort abgeführt und vor ein Kriegsgericht gestellt. Und wießt Du, wie das Urteil lautet? „Nun, der Unteroffizier bekam acht Tage Militärarrest wegen Mißhandlung und der Gemeine erhielt dreizehnhalb Jahre Gefängnis wegen großer Achtungsbeleidigung. Das ist nur ein solcher Fall von den vielen tausenden, meiner Ansicht nach völlig unverständlichen Urteilen, welche auch im Volke nicht verstanden werden.“

„Darin stimme ich Dir vollständig bei, Karl“, sagte nachdenklich Friedel. „Und natürlich, ich möchte heute noch nicht, daß ich für einen Mann mit meinem Vorgesetzten eine Ope-ration vor der Front betriebe würde. Ich kann mir aber auch keine größere Freiheit denken, als wenn jemand kraft des Gesetzes eine Autorität als Vorgesetzter dazu mitgebracht, um seine Untergebenen durchzuführen, nur weil er das Recht hat, daß das Gesetz ihn vollständig schützt. Für mich ist ein freies, ein unabhängiges Urteil. Aber was nützt das? Du zum Beispiel für ein Mittel vorzulegen, um diesem unverständlichen Zustande ein für allemal ein Ende zu machen.“

„Nun“, sagte Friedel, „da werden ja verschiedene Vorschläge gemacht, um diese Mißhandlungen zu beseitigen. Das Richtige trifft treffen alle diese wohlgemeinten Vorschläge nicht. Denn solange das Gesetz, wie ich es jetzt der Heeresorganisation bestehen bleibt, solange werden auch die brutalen Mißhandlungen nicht verschwinden. Nur ein radikales Mittel gibt es dagegen, wozu natürlich die Heeresverwaltung niemals ihre Zustimmung geben wird und das wäre das Recht und die Pflicht der Wutrede dem Angreifer gegenüber Einzelne, ob es vor der Front oder auf der Stufe, oder sonstwo geschieht. Du solltest einmal sehen, wie rasch die künftige Mißhandlungen aus dem Heere verschwinden würden.“

„Wie recht Du hast“, sagte Röder hervorübend zu seinem Freunde aufstehend. „Aber warum soll denn dieses Mittel von der obersten Leitung nicht anerkannt werden?“

„Warum?“ fragte Du, Ernst“ sagte Friedel nebenstehend. „Nun, weil dann die ganze, nur auf furchtbare Strafen ausgehende Disziplin wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen würde. Denn dann könnte man keine ungebildeten, schlagen den Unteroffiziere mehr gebrauchen, sondern müßte intelligente pädagogisch durchgebildete Leute zu Vorgesetzten heranziehen. Und so sage Dir, Ernst, die leitenden Kreise in unserer Staatsführung sind schlimmer, als das auch das niedere, arbeitende Volk sich immer mehr Wissen und damit auch Macht aneignet, das heißt der dem Vorgesetzten werden den Freuden dieser Welt, auf welche sich jetzt nur ein kleiner Teil der Menschheit das Anrecht zu besitzen glaubt.“

Es ist ja noch gar nicht so lange her, wo ein großer Feldherr zu seinen Soldaten sagte: „Ihr von Euch trägt den Marschallstab in seinem Dornstiel. Das war früher mal. Heute heißt es: Nur vor den Adelstief in der Tasche trägt, ist zum Offizier und noch höherem geeignet. Dabei spielen die Kennnisse der Eigenschaften absolut keine Rolle. Noch kürzlich wurde ein nachmalig ein Berlin lebender Prinz dem Offiziersstande zugeteilt, in welchem beredte wiederholt Greuelthaten verübt wurden, die einzig zum Himmel schrien konnten. Als diese Urteilen an die Defensivität kamen, wurde dieser hochgeborene Prinz einer Rechenhaftigkeit übergeben, aus der er sehr wahrscheinlich bald als geblitz entlassen werden wird.“

Ueberhaupt wirst Du beobachten können, daß unsere Heeresorganisation genau dem herrschenden Gesellschaftszustand angepaßt ist. Eine Gleichheit oder Gleichberechtigung ist bei uns vollständig ausgeschlossen. Ich doch der wohlgeborene Bürger in den Stand gesetzt, seinen Söhnen eine solche Bildung zu teil werden zu lassen, daß dieselben als Einjährig im Heere eine bevorzugte Sonderstellung einnehmen können, wodurch sie später dann ebenfalls als Heeresoffiziere im bürgerlichen Leben eine gewisse Rolle spielen. Das ist das Spiegelbild des Klassenstaates in unserem Heere.“

„Aber halte mit immer steigendem Interesse den Ausführungen meines Freundes gelauscht und als dieser geendet, brach er unermittelt in den Ausruf aus:

„Aber sag' bloß, Karl, wo hast Du das alles her? Du bist ja ein ganz gelehrter Staatsmann!“

Friedel lächelte lässlich befragt über diese Anerkennung seiner Kenntnisse seines Freundes. „Dazu, lieber Ernst, bedarf es keine besonderen Fähigkeiten. Einmal was ich weiß, ich aneignete. Dazu gehört nur ein fester Will, ruhige Überlegung und — nun will ich Dir's sagen, etwas politisches Verständnis. Das letztere wieder ist freilich etwas, was der heutige Soldat unter seinen Umständen besitzen darf, wenigstens darf er es nicht verlieren lassen. Nach den Verträgen selbst eines Kriegsministers braucht der Soldat nur drei Fähigkeiten zu besitzen, das sind: Eine unerschütterliche Vermehrung, festhalten Gehör und vollständiges Unvermögen im Denken. Ein solcher Soldat mit diesen drei Tugenden ausgestattet, ist das Ideal unserer Heeresleitung. Selbst wenn solches Ideal nur imstande wäre, Weiser in die Luft zu schießen, so wäre solches Kanonenschießen dem Kriegsminister immer noch bedeutend lieber, als ein aufstrebender Soldat mit hellem Kopf und klarem Verstande, denn dem darf der Soldat nicht. Du erichst daraus, daß die vieldarigste Disziplin weiter nichts bedeutet als völliger Robotergehorsam von lebenden Menschenleben.“

„Ist es denn aber durchaus nötig, daß unter dem jetzigen herrschenden System Mißhandlungen vorkommen müssen?“ fragte Ernst erwartungsvoll.

(Fortsetzung folgt.)

Bestimmung nicht der Kompromisse zum Opfer fallen wird, die schon hinter den Rücken arbeitet und bereits am Mittwoch beim „Reiter“-Paragrafen einen fieberhaften Triumph erlitten hat. Die Herrenhaus-Kommission hat sich hinsichtlich der Retentionfrage in den Städten etwas gnädiger gezeigt, als die Junker des Dreißigstages. Nun aber kann der Entwurf der Umverteilung der Vorlage im Sinne der Arbeiter-Kammern an die Reichsversammlung gehen. Es half dem Reichstag, die Rechte und Interessen der Gemeindefürsorge nicht, das sie mit aufgehobenen Forderungen das Plenum beschleunigen, nicht durch das künftige Recht zu gehen. Das Vorstoß-Kompromiß gelangte zur Annahme. In demselben Augenblicke, wo das Herrenhaus das lange Gesetz zurückwies, das seine Kommission den Städten gegen, bekräftigte es die Schul-Patronats-Rechte der Junker und nahm einen dahingehenden Antrag Burgsdorff an, für den sich u. a. auch der Prozeßgegner der Milensta, Herzog Günther von Schleswig-Holstein, ins Zeug legte. Die Aufhebung des Preussens und Polens von dem Gesetz entsetzt noch eine sehr wichtige Polen- und Antipolendeckung, in der P. sich ist fast pathetischer, aber auch einträchtlicher als seine kapitalistischen Gegner sprach. In der Schluss-Abstimmung wurde das Gesetz gegen die Stimmen der Bürgermeister und einiger Professoren angenommen.

Am Sonnabend soll die nächste Sitzung stattfinden; man rechnet damit, daß der Hauptabend zwischen den beiden Häusern bis dahin perfekt sein wird.

Ländliche Elaverei in Preußen.

Niemand in der Welt ist reichlicher als der ausländische Landproletariat, der alljährlich zur Sommerzeit in das preussische Land kommt, um den Junkern das Korn zu schneiden und in die Scheune zu fahren. Er ist seinem Herrn auf Gnade und Ungnade ausgeliefert: der Herr behält ihn — lange er ihn braucht, er läßt ihn als lästigen Ausländer über die Grenze schießen, wenn er überflüssig wird oder sich irgendwie mißlieblich macht. Ertrag bringt es die ländliche Arbeiter- und Proletariat nicht, daß viele dieser russischen, polnischen, russischen Landproletariat ihrem Herrn entlaufen in der Hoffnung, an anderer Stelle bessere Bezahlung und Behandlung zu finden. Bringt sie dann ihr uralter Arbeitgeber zur Anzeige, so werden sie als kontraktbrüchig festredlich verfolgt, abgekräft und ausgewiesen. Kurz es ist die vollkommene Elaverei.

Aber den Gutsbesitzern ist sie noch lange nicht vollständig genug. Im vorigen Jahre ward der Versuch gemacht, die Vermittlung von Arbeit an kontraktbrüchige Arbeiter und ihre Anwerbung unter Kontrolle zu stellen. Da der Versuch damals wegen seiner billigen Erfüllungsmöglichkeit mißlang, sucht man jetzt neue Mittel und Wege, um die Unterwerfung der ausländischen Landproletariat unter ihren Arbeitgeber vollkommen sicher zu stellen. Hauptstück zu diesem Zwecke hat der Herr v. d. Goltz, Vordand des Reichstages, in der D. Z. eine neue Art von Arbeiter-Verbands-Vertrag entworfen, der zur Bildung eines ländlichen Arbeiter-Verbands auffordert. Herr v. d. Goltz will mit Hilfe seines Vereins durchsetzen, daß jeder ausländische Arbeiter bei seinem Arbeitsantritt eine aus Ort und Namen seines Arbeitgebers ausgestellte Legitimationskarte als Ausweis erhält, deren Besitz ihn allein für die angeführte Stelle zur Arbeit berechtigt. Ausländische Arbeiter, die in dem Besitze einer solchen Legitimationskarte nicht sind, müßten nach dem Plane des Herrn v. d. Goltz ausgewiesen werden. Mit anderen Worten heißt das: Ausländische Proletariat soll der Zutritt zu preussischem Gebiete bloß durch die Herren Grundbesitzer gestattet werden dürfen. Diese ausländischen Proletariat würden dann selbstverständlich das durch die Handelsverträge garantierte Recht, sich überall zu Erwerbszwecken niederzulassen, verloren haben; ihre Freizügigkeit würde vollkommen aufgehoben sein. Die Deutsche Tageszeitung geht noch einen Schritt weiter, die Befreiung jener Arbeiter verlangt, die legitimationslose Arbeiter in ihre Dienste nehmen. Diese doppelte Sicherung des Goltz'schen Systems scheint uns überflüssig, weil das System aus so ganz kompromittiert funktionieren würde; indes zeigt der Vorstoß des Agrarblattes noch deutlicher, wozu der Herr v. d. Goltz sich abhandelt sich tatsächlich darum, für die abgeleiteten Einrichtungen der Elaverei, der Freizügigkeit und Beweglichkeit einen Ersatz zu schaffen, der den uralten Plantagenbesitzern alle Vorteile der alten Betriebsform gewährt, sie zugleich aber auch aller moralischen Verantwortlichkeit entledigt. Die Schamlosigkeit des kapitalistischen Ausbeutungs-Verhältnisses und die brutale Elaverei des Feudalismus vereinigen sich hier zu einem vollkommenen Ganzen.

Es liegt im Interesse des gesamten arbeitenden deutschen Volkes, gegen solche Pläne nachdrücklich Protest zu erheben; sie widersprechen nicht nur der gerühmten „christlichen Kultur“, sondern fügen auch dem ganzen wirtschaftlichen und politischen Leben der Nation den schwersten Schaden zu. Wir haben an unseren Junkern wahrhaftig genug, so wie sie sind! Der Goltz'sche Plan aber läuft darauf hinaus, das ländliche Arbeiter-Verbandtum zu einer Gesellschaft nach Art der baltischen Oblemenen heranzuführen, und uns immer nur noch tiefer ins Mittelalter zurückzuführen.

Ein Volk, das Sklaven in seiner Mitte duldet, ist selbst reif zur Elaverei!

Straf für den Pogrom!

Die Deutsche Tageszeitung gebietet sich wie wild darüber, daß eine bürgerliche Versammlung in Berlin den Pogromleuten von Bialystok ihren Abscheu ausgesprochen und dafür den Dank des Duma-Präsidenten Professor Wlromzoff empfangen hat. Das Agrarblatt erklärt feierlich, daß hinter der Berliner Versammlung „nur das Volk Israel“ aber nicht das deutsche Volk stehe, und droht gegen die Berliner Protestversammlung Protestversammlungen auf dem Lande einzuberufen, „die ungemein schädliche Wirkung dieses Nummeis“ zu förgieren.

Dem deutschen Volk ist schon viel geboten worden. Man behauptet von ihm, es „jude“, wenn eine Prinzessin ein eheliches Kind kriegt, und daß es „mitempfindet“, wenn eine Durchlaucht Zahngelächter hat. Das aber, das deutsche Volk dagegen praktiziert, wenn man Wörtern und Freundschaften in seinem Namen keine Entschuldigungsverpflichtung, das deutsche Volk wohl bisher noch nicht zu träumen gewagt. Am Dienstag hat der Graf Büdler-Klein Tschirne einen Festungsurlaub dazu benutzt, um in einer Berliner Versammlung für einen Pogrom nach Art der Bialystoker Stimmung zu machen. Wenn wir vergleichen bisher für das wilde Geschwätz eines Geisteskranken gehalten haben, für das weder der abelige Stand noch die Partei, zu der sich Graf Büdler zählt, verantwortlich zu machen sei, so belehrt uns jetzt die Deutsche Tageszeitung eines Besseren.

Die alte Geschichte.

Die Braunschweiger Reichstags-Redaktionen enthalten dieser Tage folgendes Inserat:

Kali! Herocynia! Kali!

Um einigen Irrungen entgegenzutreten, so erklären wir Arbeiter, daß wir bis heute vergeblich gewartet haben, um endlich recht geachtete Arbeiter als zuwidergesetzliche (Bestimmungen) nach vorübertriebener hässlicher Verhältnisse finanziell bestraft zu werden.

Bei dem Kaufpreise von 31 Millionen und bei dem etwa 24 Millionen betragenden Verdienste der Gemeindefürsorge Herocynia bis ultimo Juni c. war nicht für den Arbeiter über. Zuteilungen für Invalidentät, aber Krankentafeln-Angelegenheiten scheinen der Gemeindefürsorge ein

„Noli me tangere!“

Glück auf! Ihr Millionen! Glück auf!

Die Belegschaft der Herocynia.

Langelshelm, Ende Juni 1906.

Das Kaiserliche Herocynia ist bekanntlich vor kurzem in den Besitz des preussischen Staates übergegangen. Die Herren Aktionäre haben dabei ein brillantes Geschäft gemacht, wie aus dem Vorleser zu erhellen ist. Geradezu unerhört ist es aber, wenn Arbeiter glauben, daß ihnen die Aktionäre von ihrem Nebenprofit auch nur einen geringfügigen Teil zuwenden werden. Nach der kapitalistischen Weltordnung, die bekanntlich die beste aller denkbaren ist — für die Aktionäre und sonstigen Kapitalisten — gehört der Profit den Kapitalisten, und die Arbeiter, wenn sie auch noch so „königreich“ und „gutgeföhnt“ sind, dürfen froh sein, daß sie soviel Lohn bekommen, um eben vor dem Verhungern geschützt zu sein. — Sozialdemokratische Arbeiter geben sich daher auch solchen Illusionen nicht hin. Sie wissen, daß die Arbeiter sich jeden Fortschritt, jede Verbesserung ihrer Lebenshaltung erkämpfen müssen. Und darum schließen sie sich in ihren Organisationen zusammen, um dem Kapitalismus zu entreißen, was er ihnen nicht freiwillig gibt.

Knuten-Vertrag über die Offiziersämtern.

Aus Anlaß des Breslauer Prozesses gegen den Major a. D. von Janber schreibt Dr. Ceterl in der Deutschen Tageszeitung:

In Frau v. Janber steht mehr als eine einzelne Persönlichkeit, steht vielmehr die Reizung eines großen Teiles unserer Offiziersämtern zu gedankenlos oder Verhöhnung unter Anführung. Es ist längst keine unbedeutende und starrer Natur der Beamten in der Armee mehr, daß der wackelige Vertrag unserer Offiziersämtern noch viel mehr als der männliche von Jahr zu Jahr fragwürdiger geworden ist. Mit dem Einbringen der Döcker schnell reich gemordeter Kreise ist nicht nur die Reizung zu Geldearbeiten in einer geradezu als selbstverständlich geltenden Weise überwuchert, sondern die Verengung des Gehalts, die durch Waren aus Empfohlungen entstehen in der Offiziersämtern hineingetragen wurde, hat auch die Ärmsten aus armen alten Arbeitsfamilien ergriffen, in der Auffassung, daß sie sich von jenen Reueingebungen nicht überleben lassen dürfen. Das kann ganz unmöglich so weitergehen. . . . Viele Kommandeure, die gerade auf reiche Beuten ihrer jüngeren Offiziere hinarbeiten, machen das Herz zu einer Schärfe der Schatzkammer, und legen damit den Grund zu neuen Tragödien, wie eine solche sich jetzt vor der Breslauer Strafkammer abspielt. Das hätte nur ein sozialdemokratisches oder sonst ein „übergeordnetes“ Blatt schreiben sollen. Gut, wie hätte dann der bide Ceterl die Knute geschwungen, und wie wäre er vor Blut an den Händen hochgegangen.

Genosin Rosa Luxemburg ist, wie der Vorbericht ergeht, mittelfristig, nicht ohne weiteres, sondern wie schon die Wölfsche Jg. gemeldet hatte, gegen eine Kaution von 3000 Rubel auf freien Fuß gesetzt worden, und zwar unter der Bedingung, daß sie Warschau nicht verlassen darf.

Die Biersteuer macht sich mehr und mehr fühlbar. Der Zentralverband norddeutscher Brauereien, umfassend die Bezirke Braunschweig, Bremen, Detmold, Hannover, Kiel, Leipzig und Magdeburg, erhöhte den Hehliterpreis um zwei Mark.

Die Gastwirte in Hannover haben beschlossen, den Preis des 1/10 Glases von 15 auf 20 Pf. zu erhöhen.

Der Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar ist am Montag wieder zusammengetreten, um den Rest seiner Arbeiten zu erledigen. Am Dienstag beschäftigte sich derselbe mit einer Vorlage, die seit 1878 mit Neuz. J. 2. bestehende Landgerichtsorganisation betrifft. Die ganze Angelegenheit müht recht ergebnislos an. Die diplomatischen Beziehungen dieser Dubez-Länder sind in der Frage der Landgerichtsgemeinschaft schone in die Brüche gegangen. Außerhalb der Regierung suchen um die beteiligten Kreise die Schuld der jeweiligen Regierung zuzuschreiben. Im Landtag wurde aber vom weimarschen Staatsminister betont, daß beide Regierungen bemüht gewesen seien, den beiderseitigen Wünschen Rechnung zu tragen. Wenn die Verhandlungen schließlich gescheitert seien, so sei augenscheinlich das beiderseitige Staatsinteresse daran schuld. Im Verlaufe der Verhandlung wurde von der Regierung die Summe, an 85 Mark pro Jahr angegeben. — Als, wegen 85 Mark pro Jahr kommt das beiderseitige Staatsinteresse in ins Wackeln, hat eine alte, bewährte Einrichtung aufgehoben werden soll. Die Regierung verlangt nämlich vom Landtag die Zustimmung der Landtag der Landgerichtsgemeinschaft und Angliederung des Neuhäuser Kreises an das Landgericht in Weimar. Das bedeutet für die Bewohner des Neuhäuser Kreises, der 57 000 Einwohner hat, eine Reise von acht Stunden auf der Bahn, wenn sie am Landgericht etwas zu tun haben.

Derartige kleinasiatische Schilddrüsenkreise nehmen sich im 20. Jahrhundert wunderbarlich aus.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Duisburg der Arbeiter Vetter zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er wie es in dem Berichtsdienst hielt, seine unheimlichste Stimmung durch Beschimpfung des Kaisers gegen die Kaiserin bringen wollte. — Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß die Beleidigung der Person des Kaisers außerordentlich ist. Zu beratigen Kritiken gehört vor allen Dingen eine vollständige Bekämpfung der Sprache. Man sollte deshalb die Person des Kaisers möglichst überhaupt nicht in die Debatte ziehen.

Eine mißglückte Denunziation. Der pensionierte Briefträger Günther in Rastbach hat gegen den hiesigen Bahnbesitzer eine Beschwerde bei der zuständigen Bezirksregierung eingereicht, worauf ihn der Bahnbesitzer wegen einer Mißhandlung beklagte. Diese angebliche Mißhandlung soll G. vor einiger Zeit ausgeübt haben, aber erst als die Beschwerde erfolgte, brachte der Bahnbesitzer die Sache nachträglich beim Landgericht Fürstberg (Schlesien) zu

Anzeige. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten durch das einige Belastende Zeugnis des Bahnbesitzers für überführt und beantragte das gesetzliche Mindestmaß von 2 Monaten Gefängnis. Der Gerichtshof war jedoch der Ansicht, daß unter den vorliegenden Umständen die Auslage des einzigen Belastungsgenügen nicht so glaubwürdig ist, um daraufhin eine Verurteilung auszusprechen zu können. Das Urteil lautete demnach auf Freisprechung.

Ein Spionage-Prozess. Das Reichsgericht beurteilte den Maschinenbauingenieur Rosen aus Offen wegen eines vollendeten und eines verübten Verbrechens des Verrats militärischer Geheimnisse zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Die abgehauene Hand. Dem Justizrat Mamroth in Breslau, dem Vertreter Bredas, ist von der Staatsanwaltschaft der Befehl ausgegangen, daß die Nachforschungen nach dem Schuttmann, der dem Unglücklichen die Hand abgehauen hat, erfolglos geblieben seien.

Die letzte Verhaftung aus Südwestfalen meldet: In der Ruhr gefangen: Reiter Rudowick aus Walheim.

Ausland.

Schweiz. Nach preussischem Muster. Der Bundesrat hat sieben italienische „Anarchisten“, welche der Landespolizei Widerstand geleistet haben sollen, ausgewiesen. Auch aus dem Kanton Waadt ist eine Anzahl ausgewiesen worden, welche „heftige Reden gegen Regierung und Kapital“ gehalten haben soll.

Frankreich. Das Kriegsgericht in Loulon beurteilte vier Matrosen des Torpedobootes „250“ wegen Geforsamsverweigerung zu 3 bis 6 Monaten Gefängnis, 5 Matrosen wurden zu 14 Tagen bis 3 Monaten, 4 zu 8 Tagen, 1 zu 4 Tagen Gefängnis verurteilt; 1 wurde freigesprochen. Zahlreiche Matrosen und Marineinfanteristen, die bei der Urteilserhebung zugegen waren, veranlaßten im Gerichtssaal eine Protestkundgebung, indem sie den Gerichtshof auslachten.

Schottland. Das Arbeitskontrakt-Gesetz ist von der zweiten Kammer mit 79 gegen 8 Stimmen angenommen worden. Die Sozialdemokraten stimmten alle dagegen, von den bürgerlichen Parteien nur einer, ein „christlich-historischer“ Abgeordneter. Für die Ablehnung des Gesetzes war unser Genosse hauptsächlich der Umstand anschlaggebend, daß es Bestimmungen enthält, die den Arbeitern das Streiken verleihten.

Die Kammer ist in die Ferien gegangen. Vorher fanden noch interessante Debatten über eine von liberaler Seite eingebrachte Interpellation statt, die sich gegen die „schönmüthigen Sätze“ richtete, welche gemischten Industrie- und Geschäftsmännern aus Meer hinausenden, begünstigt durch den Mangel an fremder Arbeit, — und über eine Resolution unteres Genossen Reichstages gegen die schwindelhaften Gründungen von Aktiengesellschaften. Tractant hielt eine von großer Sachkenntnis zeugende Rede. Er wurde ein paarmal zur Ordnung gerufen, als er mitteilte, daß einer der Schuldigen, gegen die die Verlegung eingebracht wurde, unter den anwesenden Kammermitgliedern sei. Eine Resolution, in der Ergänzungen des Handels- und Strafgesetzbuches gefordert werden, wurde von der Kammer angenommen. Die Regierung versprach sowohl in dieser Sache, wie hinsichtlich der Seetätigkeit der Schiffe gesetzliche Maßnahmen vorzuschlagen.

Amerika. Unabhängige Arbeiterpolitik. Samuel Gompers, der Präsident der amerikanischen Federation of Labor, der seit der unabhängigen Politik der Sozialisten bekämpft hat und noch bekämpft, scheint nachgedachte einzunehmen, daß seine Politik, die Politik des Attens und Wettens um die Gunst der burgertlichen Kongreßmitglieder zu seinem Ziel führt. In der letzten Nummer des Federationist kommt er darüber, daß auch in der letzten Zeit wiederum keine Arbeitergesetz angenommen worden seien. Wieder ist das Abschleppengesetz durchgegangen, noch die Frage der Einwanderung und der Strafingensarbeit geregelt. Gompers lieh sich deswegen vor Arbeitskomitee des Kongresses empfangen und stimmte dort eine bewegliche Frage an über die Ruckfuhrigkeit, mit der Arbeiterinnen behandelt werden. . . . Wir münden, daß der Kongreß sich untern Vorkehrungen gegenüber taub gestellt hat, taub gegenüber unseren Denkschriften und wir sehen, daß der Kongreß uns feindselig gegenübersteht, vielleicht aus Nachlässigkeit, Indifferenz oder Feindseligkeit, und wir sehen, daß unsere Veruche vergeblich sind. Was sollen wir tun? Sollen wir Jahr aus Jahr ein zurücktreten und dann zurücktreten zu den Männern, die uns hierher geführt haben und ihnen sagen: Wir haben nichts volbracht. Nur Niederlagen, Niederlagen!“ So sprach Gompers, und ähnlich sprach Wort, son, der Sekretär der Federation. Nun hat die Executive der Federation die Arbeiterfrage aus dem Lande zusammenberufen. Die amerikanischen Gewerkschaften wollen in die politische Aktion eintraten. Aber noch können sie dem Weg zum Sozialismus nicht finden und sie treten deshalb der sozialistischen Partei nicht bei, sondern wollen eine eigene Politik treiben, eine pure Arbeiterpolitik. Die politischen Kandidaten sollen genau geprüft werden, wie sie zu Arbeiterforderungen stehen und auch eigene Kandidaten aus den Reihen der Gewerkschaften sollen aufgestellt werden. — Nun von hier bis zu der vollen Erkenntnis, daß eine große Klasse, die Arbeiterklasse, ohne ein großes politisches Programm nicht auskommen kann, ist nur ein Schritt. Beteiligte sind die amerikanischen Arbeiter nur erst mit einer gewissen Selbstignigkeit am politischen Leben, so werden sie auch bald die Unzulänglichkeit ihres jetzigen Aktionsprogramms einsehen.

China. Ein Riesenaufstand ist nach Meldung Londoner Blätter ausgebrochen. Die Aufständischen besetzen über eine gut bemessene Armee von etwa 80 000 Mann. Ein aufstandischer Herr von 50 000 Mann griff Heilong an und nahm die Stadt nach hartnäckigem Widerstand seitens der Garnison. Auf beiden Seiten wurden zahlreiche Personen getötet und verwundet. Kaiserliche Truppen versuchten den Aufstand zu unterdrücken. In mehreren Bezirken wurden Staatsbeamte von den Aufständischen ermordet. Zahlreiche Missionen von deutschen, englischen und amerikanischen Missionen, protestantische, wie katholische wurden gefurht.

Afrika. Der Konflikt zwischen Frankreich und Marokko wegen der Ermordung Garbournons ist dadurch beigelegt, daß Marokko 100 000 Francs Entschädigung an die Hinterbliebenen zahlt, ein Sulme-Denkmal an der Wirkstelle errichtet und die Verpflanzung auf sich nimmt, alles aus Entschadung und Bestrafung des Schuldigen herbeizuführen. — Vom Julaufstand in Sibirien. Nach einem Telegramm des Generals Walefski fand abermals ein Gefecht zwischen englischen Truppen und eingebornen Rebellen statt, wobei die letzteren 850 Tote verloren.

Bur Revolution in Russland.

Ein schneidiger Ministergehilfe. Der Ministergehilfe Guro, der die bekannte heftige Rede gegen die Agrarreform hielt, macht jetzt wieder von sich reden: Er kam vor einigen Tagen in die Duma und sagte dort mit lauter Stimme zu seinem Gefolge: „Wollen wir sehen, in welcher Stimmung sich heute diese Hooligans befinden.“ Einige Hooligans, d. h. Mitglieder der Duma, wollen ihn wegen Verwünschung der Duma verklagen.

Die „Schwarzen Hundst.“ Die hervorragendsten Mitglieder der Arbeitsgruppe im Parlament erhalten täglich Drohbriefe, die von den „wachsamen russischen Männern“ verfaßt werden. In den letzten Tagen begnügen sich aber diese „Wachposten“ nicht mehr mit Drohungen, sondern versenden Lobesurteile. Der Abg. Anfin erhält folgendes Urteil: „Die Oberbefehlshaber der geheimen Partei Russlands Rettung“ bewerte ich Sie, Herr Anfin, zum Tode.“ Gezeichnet: Sekretär Schalka (Möbe). Geheime Partei Russlands Rettung. Das Urteil ist mit einem Stempelabdruck der Partei versehen. — Weiter wird gemeldet, daß überall Parteien unter den Juden ausgebrochen sind, weil die „Schwarzen Hundst.“ antimissische Urtheile anstiften.

Verlagter Anführerprozess. Der Prozess gegen die wegen Vorbereitung eines bestimmten Aufstandes angeklagten Arbeiterdeputierten in Petersburg mußte wegen Ausbleibens wichtiger Zeugen vertagt werden. Bei der Verhandlung kam es zu förmlichen Demonstrationen, trotz großen Polizeis- und Militärbesatzes. Die Angeklagten riefen dem Auditorium zu: Beschleunigt den Ausdruck der Revolution!

Nachmals Wialoff. Der Beamte der Wialoff'schen Polizei, welcher von der Reichsbank und der Untersuchungskommission beschuldigt wird, die Kassenkassette in Wialoff'schem Auftrag zu haben, wurde vom Minister des Innern telegraphisch nach Petersburg beordert.

In Baku sollen sich die Kosaken gewehrt haben, auf die streikenden Arbeiter zu schießen.

Eine Komödie. Wie berichtet wird, hat der Zar vor der verarmten Mannschaft des Preobraschenski-Regiments die Uniform dieses Regiments gerissen. — Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der Zar wirklich den Mut gehabt hat, sich vor dem meuternden Regimente zu zeigen.

Eine neue Misperte steht in Russland bevor, nach selbst amtliche Berichte zu urtheilen. In Südrussland und Ostsibirien infolge Regenmangels der Bestand der Winter- und Sommerfrüchte ein sehr schlechter. In Westrussland haben im Monat Mai die häufigen Regengüsse die Saaten sehr ungünstig beeinflusst.

Die Agrarunruhen werden durch eine Misperte sicher an Umfang und Erbitterung zunehmen.

Soziales.

Die Gründer-Tätigkeit ist im Juni recht beträchtlich gewesen. Es wurden über 68 Millionen Mark angelegt in industriellen Neu-Gründungen und 94 Millionen Mark in Kapitalerhebungen bestehender Unternehmungen. Geld ist also mangelhaft da; nur die Schimmel, die den Gaser verdienen, bekommen ihn nicht, nämlich die Arbeiter, aus deren Schwitz man das „Nationalvermögen“ destilliert und die um jeden Nickel Bohrerhöhung erst langwierige Kämpfe führen müssen.

Im Textilgewerbe herrscht zurzeit eine sehr günstige Konjunktur. Die Preise für Baumwolle sind nach in Abwärtsbewegung begriffen; die Marktlage für die verkaufsfertige Ware ist günstig, und das Maß von Aufträgen ist so groß, daß manche Fabriken, namentlich im Rheinland, bis in den Herbst, ja bis in den Winter hinein mit Aufträgen versehen sind.

Die Preissteigerungen für die wichtigsten Nahrungsmittel haben im Juni angehalten. Es kosteten in Berlin eine Tonne (20 Zentner)

	Juni 1905	Juni 1906
Weizen	179 ¹ / ₂	180 ¹ / ₂
Roggen	152 ¹ / ₂	155 ¹ / ₂
Hafer	156	182
Gerste	135	152
Weiss (New York)	102.15	95.05

Und Weizen notierte Ende Juni höher als Ende Mai. Unverändert blieben im Juni die Detailpreise für Kartoffeln, Eier und Butter; der Rückgang der Butterpreise im Großhandel von 208 — 222 Mk. pro 100 Kilo auf 204 — 218 Mk. kam im Rheinland nicht zum Ausdruck, da das Kilo hier unverändert 2.20 bis 2.80 Mk. kostete. Die Fischpreise haben sich gleichfalls zum Teil erhöht, am meisten sind davon gerade die billigeren Fischsorten betroffen worden. Da das arbeitende Volk sich dem vermehrten Genuße von Fisch anwendete, um Ersatz für das kaum noch erwerbende Fleisch zu haben, sind auch die Fischpreise unverändert in die Höhe gegangen, obwohl das kein anderer Grund vorliegt als die Profitgier der Fischereibesitzer.

Parteiorgan und Generalkommission.

Die Generalkommission der Gewerkschaften veröffentlicht im Vorwärts folgende Erklärung:

Zu unserem Bedauern sind wir genötigt, nochmals in der Sache das Wort zu nehmen. Wir hätten gern gesehen, daß es in der Angelegenheit nicht zu Auseinandersetzungen zwischen Parteiorgan und Generalkommission gekommen wäre, sondern daß diese sich gemeinsam gegen die Ziele, jemand hätte, die der Partei durch die Veröffentlichung Schaden zufügen könnten und die Leiter der Partei in Mißacht zu bringen beabsichtigt ist.

Es ist aber nicht angängig, daß durch unser Stillschweigen bei den Parteigenossen der Glaube erweckt wird, wir hätten die sogenannten Hehlen nicht in dem in der Sitzung am 16. Februar festgestellten, sondern in einem nach unserem Ermessen umgearbeiteten Wortlaut der Konferenz der Vorstandsmitglieder veröffentlicht. Wir wollen aber auch jetzt davon absehen, obgleich die in polemischer Form gehaltene Erwiderung des Parteiorganes geeignet ist, uns dazu zu drängen. Nach wie vor begnügen wir uns damit, die einfachen Tatsachen festzustellen und hoffen, daß hiermit die Angelegenheit, wenigstens soweit ihre Erwiderung in der Presse in Frage kommt, ihren Abschluß findet.

Die Erwiderung des Parteiorganes muß zu der Annahme führen, daß in der Sitzung am 16. Februar eine von dem Genossen Bebel angefertigte Niederschrift der sechs Punkte vorlag. Deshalb stellen wir fest, daß uns eine solche Niederschrift in der Sitzung nicht vorgelegt worden ist und wir von ihrer Existenz erst durch die Erwiderung des Parteiorganes Kenntnis erhalten.

Die sechs Punkte sind in der Sitzung am 16. Februar von dem Genossen Silberstein während der Ausführungen des Genossen Bebel als Extrakt dieser Ausführungen niedergeschrieben. Eine andere Niederschrift lag in der Sitzung nicht vor und konnte deshalb nicht den Parteigenossen in seiner Erwiderung vorgelegt werden. Bebel hat eine Abschrift der sechs Punkte machen lassen, von denen nicht bezeugt werden, weil einzig und allein das von Silberstein niedergeschriebene als Kopie der Beratung in der Sitzung vorlag.

Bebel ist sich nicht um eine von dem Genossen Bebel sondern um eine von dem Genossen Silberstein angefertigte Niederschrift handelte, heißt es in dem Protokoll der Konferenz der Vorstandsmitglieder: „Die Vorschläge von Bebel lauten dem Sinne nach folgendermaßen“:

„Ich dem Sinne nach referiert hat Silberstein über die sechs Punkte, wobei er die Punkte 1 bis 5 in dieser Weise die allgemeine Bemerkung vorausgeschickt, um damit festzustellen, daß sie im Sinne der Bebel'schen Ausführungen von ihm (Silberstein) und nicht von Bebel niedergeschrieben sind. Nach dem Verlesen übergab Genosse Silberstein die Originalschrift dem Protokollanten, der sie unverändert in das Protokoll eintrug.“

In der Sitzung am 16. Februar wurden die von Silberstein niedergeschriebenen sechs Punkte von diesem vorgelesen und wurden nach weiteren Ausführungen des Genossen Bebel die von diesem gemündlichen Änderungen gemacht. Nach erfolgter Aenderung verlas Silberstein die Sätze nochmals einzeln und wurden sie alleinstimmig als richtig wiedergegeben und anerkannt. In dem so eingehend festgestellten Wortlaut sind dann die sechs Punkte der Konferenz der Vorstandsmitglieder vorgelegt.

Ein Streit darüber, ob den Vertretern der Generalkommission die sechs Punkte gegeben wurde, die so festgestellten Sätze der Konferenz der Vorstandsmitglieder vorgelesen, scheint uns überflüssig. Bebel sagte zum Schluß der Sitzung am 16. Februar, ohne daß ihm von irgend einer Seite widersprochen wurde: „Ich legte die Sätze der Konferenz vor und wurde im Parteiorgan darüber beraten, und dann traten wir zu weiterer Beratung wieder zusammen.“ Ob man traten wir zu weiterer Beratung wieder zusammen, heißt das eine „Aufftrag“ nennen will, lassen wir dahingestellt sein. Jedenfalls finden wir in der deutschen Sprache keinen besseren Ausdruck für das, was uns gesagt worden ist. Berlin, 2. Juli 1906.

C. Legien, S. Silberstein, M. Drunfel, Hermann Kube, A. Knoll, Paul Umbreit, M. Janfion, E. Döblin.

Bezüglich der Uebertragung des Protokolls der Konferenz an den Parteiorgan ist noch bemerkt, daß die drei Exemplare des Protokolls am 9. Mai nicht an den Genossen Mollenhuth sondern an das Bureau des Parteiorganes gelangt sind, so daß die im Bureau tätigen Genossen, die gar nicht oder nicht in dem Maße, wie Genosse Mollenhuth, durch die Reichstagsverhandlungen in Anspruch genommen waren, vom dem Eingang Kenntnis hatten. Die mündliche Mitteilung an den Genossen Mollenhuth hielt ich für notwendig, um mich zu vergewissern, daß die Sendung im Bureau des Parteiorganes eingegangen ist. Berlin, 2. Juli. C. Legien.

Auf das Vorsehende hat der Parteiorganstand folgendes zu bemerken:

Wir sind ebensovornig wie die Generalkommission geneigt, die vorliegenden Meinungsverschiedenheiten zum Gegenstand eines Streites zu machen. Nachdem aber die Angelegenheit ohne unser Zutun öffentlich zur Sprache gekommen ist und die Darstellung der Verhandlungen der gemeinsamen Konferenz mit der Generalkommission am 16. Februar in dem Protokoll der Konferenz der Vertreter der Zentralverbände vom 19. Februar und so brechtigen Einwendungen Anlaß gibt, müßten wir, wie gesehen, das Wort ergreifen.

In der Sache selbst werden wir uns kurz lassen, denn wir finden, daß durch die wiederholten Erklärungen der Generalkommission die Sache nicht an Klarheit gewinnt.

Wir konstatieren, daß die sechs Punkte der Konferenz nicht zur Beratung vorgelegt wurden, indem die abgedruckten Sätze, welche waren, sondern die Redaktionen der Ausführungen bilden, die dieser punktiweise festgelegt vor sich hatte. Der von uns gegebene Rat, eine Abschrift zu nehmen, hätte also ausgeführt werden können.

Der Satz in der obigen Erklärung: Nach dem Verlesen übergab Genosse Silberstein die Originalschrift dem Protokollanten, der sie unverändert in das Protokoll eintrug, soll — um das klarzustellen — doch nur belegen, daß dieses in der Sitzung der Konferenz der Vertreter der Zentralverbände geschah, denn in unserer Konferenz wurde — um dieses zu wiederholen — kein Protokoll geführt.

Bezüglich des „Aufftrags“ verbleiben wir bei unseren früheren Ausführungen. Dem Genossen Legien antworten wir, daß wir nicht behaupten, die Protokolle seien an Mollenhuth gelangt worden. Gätte aber Mollenhuth nicht im Orande der Arbeit überhören, uns von den mündlichen Mitteilungen Legiens über das Protokoll Kenntnis zu geben, so wäre daselbe sofort einer gewissen Durchsicht unterzogen worden. Da aber die große Reichstagsberathung dadurch mit entfallen war, daß sämtliche Bureau-Mitglieder mit Ausnahme eines derselben, den Sitzungen des Reichstags bis zum Schluß am 28. Mai täglich beiwohnen mußten, und deshalb ein Teil der Arbeiter erst nach Schluß des Reichstags erwidert werden konnte, unterließ diese Durchsicht. So kam der Inhalt des Protokolls wie schon bemerkt, erst am 8. Juni infolge einer Anzeigung Bebel's zur Erörterung.

Der Parteiorganstand.

Die Redaktion des Vorwärts teilt im Anschlüsse an vorhergehende Erklärungen mit, sie habe die Generalkommission um Ueberlassung eines Protokolls über die Konferenz der Vorstände der Zentralverbände ersucht und auch ein solches erhalten, aber unter der Bedingung, daß das Protokoll nur zur eigenen Information benutzt werde. Auf diese Bedingung ist die Redaktion nicht eingegangen; sie habe deshalb das Protokoll wieder zurückgeschickt und durch den Parteiorganstand die Generalkommission ersuchen lassen, vom Geheimhaltung des Protokolls, soweit es sich um den Punkte Partei und Gewerkschaften bezieht, abzurufen.

Da die Bemerkung des Vorwärts den Eindruck erweckt, das Protokoll enthalte über diesen Punkt Festlegungen, welche die öffentliche Kritik nicht betragen, unterliegen wir ihr Verlangen, damit die breiten Kreise der Parteigenossen in die Lage kommen, sich ein Urteil über die Stellung der Generalkommission zu der wichtigen Frage zu bilden.

Die Säch. Arbeiter-Zeitung äußert sich zu dem Widerstreite zwischen Generalkommission und Parteiorganstand dahin, die Haltung des Parteiorganstandes zur Frage des Massenstreikes bedeute keinen Verstoß gegen die Jener Resolution; es könne auch von einer Dispersion der Arbeiterkraft durch den Parteiorganstand nicht die Rede sein, so er nur gegenwärtig den Massenstreik nicht machen und nicht propagieren wolle. Andererseits dürfe aber auch nicht gesagt werden, Silberstein habe bei Wiedergabe der Meinung Bebel's einen Verstoß begangen. Silberstein's Formulierung des ersten Punktes habe sogar den Vorschlag der Logik für sich, denn Bebel's Formulierung passe nicht recht zu seiner Fortsetzung im zweiten Punkte. Es erhebe sich ferner, daß bei einer so wichtigen Angelegenheit nicht ein alleinstimmig beglaubigtes Proto-

coll hergestellt worden ist. Während Bebel in seiner ersten Erwiderung gesagt hat, namentlich die sechs Punkte seien durch Silberstein emittiert, betritt jetzt der Parteiorganstand die anderen fünf Punkte in der Hauptweise.

Als ferner bezeichnet es die Säch. Arb.-Ztg., daß überhaupt die Geheimhaltung beschlossen worden ist. Wesentliche Gründe sprächen gegen diese Maßnahme, keine da für. Ohne Zweifel bestände in beiden Parteitritten ein Gefühl starker Unbefriedigung über den wichtigen Ausgang der preussischen Wahlrechtsbewegung. Nach den starken Winden am 16. Januar und 21. März ist angedeutet die Bewegung jetzt vollständig verebbt. Daß der Parteiorganstand mit der Möglichkeit des Massenstreiks gerechnet habe, ergebe ja jene Erklärung. Nur würde der Parteiorganstand den Massenstreik gegenwärtig nicht einmal propagieren, geschweige denn ihn wirksam an dem. Die Situation in Preußen führe zu immer schärferen Kämpfen; es dürfe nicht unmäßig gebremst werden, und Worte und Taten dürften niemals auseinanderfallen.

Die Leipziger Volkszeitung sagt ihr Urteil in den drei Sätzen zusammen:

1. Genosse Bebel hat sich zu äußern, wie er angibt, und nicht wie Genosse Silberstein behauptet.
2. Es war eine tabellarische Uebersetzung des Genossen Mollenhuth, dem Parteiorganstande nicht sofort den Eingang der drei Protokollentwürfe mitzutheilen.
3. Was eine so große Vertrauenslosigkeit des Parteiorganstandes, als er den Protokollentwurf nicht sofort Einspruch zu erheben, sondern die Erörterung auf eine neue Konferenz mit der Generalkommission zu beschließen.

In der Begründung dieser Sätze werden einige Internas aus der Sitzung der Vorstände der Zentralverbände angegeben, die uns allerdings für den Hauptreitpunkt keinesfalls beweiskräftig erscheinen. Von Wert ist, daß die Leipziger Volkszeitung schreibt, wohl so ziemlich die ganze Partei stimme dem Parteiorganstand bei, wenn er die Kämpfe um das preussische und sächsische Wahlrecht nicht als geeigneter Ausgangspunkt eines politischen Massenstreiks erachte. — Derselbe Urtheile der Leipziger Volkszeitung verwenden wir nicht bestimmiten; denn nach unsern Erfahrungen ist es bei weitem nicht so ziemlich die ganze Partei, die dem Parteiorganstand in diesen Punkte zustimmen würde.

Wenn die Leipziger Volkszeitung weiter dem Genossen Mollenhuth vorwirft, daß er „mit einer solchen Bombe in der Tasche einige Wochen lang ruhig liegen gelassen“ konnte, so ist ja durch die heute abgedruckte Erklärung Legiens die Nichtberichtigung dieses Vorwurfs dargetan; denn das Protokoll ist nicht an Mollenhuth persönlich sondern an das Bureau des Parteiorganstandes gelangt worden.

Vollständig stimmen wir dagegen mit der Leipziger Volkszeitung überein, wenn sie rügt, daß der Parteiorganstand nicht sofort nach Eingang des Protokolls am 8. Juni gegen dessen Nichtigkeit Verwahrung eingelegt hat. Die Leipziger Volkszeitung gibt der Meinung Ausdruck, das Schweigen des Parteiorganstandes sei zurückzuführen auf sein Verbleiben, in seinen Verhandlungen mit der Generalkommission immer das Eingehende zu finden, er habe sich jedoch klar sein müssen, daß Bebel nicht immer Gegenliebe findet. — Damit wird überdemiß gesagt, die Generalkommission habe dem Parteiorganstand gegenüber illegal gehandelt. In dieser Verächtlichkeit liegt nicht die alleinmögliche Veranlassung vor. Höchstens die der Parteigenossen werden nach Lesen der Erklärungen und Genesenerklärungen der Ueberzeugung sein, daß der fristige erste Punkt so, wie Silberstein ihn schriftlich niedergelagt hat, den Ausführungen Bebel's entsprechen hat. Doch liegt nicht Silberstein die Worte Bebel's falsch pointiert haben sollte, liegt nicht der mindeste Anlaß vor, ihn oder der Generalkommission unpolares Verhalten nachzurechnen.

Das Dönerer Volksblatt hält es für unbillig und verhängnisvoll, wenn die Führer der Arbeiterbewegung erklären, dieses oder jenes Kampfmittel werde nicht angewendet oder seine Anwendung zu verhindern gesucht werden. Das hätte der Reaktion nur den Rücken. Durch die Erklärung Bebel's ist die Sache noch nicht genügend aufgeklärt. Während die Jener Resolution die unvollständige Anwendung der Massenarbeits Einstellung gegebenenfalls fordern, wurde durch das Protokoll bekannt, daß der P.-B. den politischen Massenstreik nach Möglichkeit verhindern wolle. Die anarcho-sozialistische Verwirrung müsse beseitigt und eine Scheidelinie zwischen Partei und den sozialistisch-anarchistischen Elementen gezogen werden. Das habe man nicht getan sondern die frühere Vorwärts-Redaktion beibehalten, sie hätte nicht die richtige Auffassung gegeben. Die Wirkung der neuen Redaktionen auf die Satz anerkennenden, halb sozialistischen Kreise ist nicht gerade ermutigend. Jetzt ist aber das Maß der Sozialisten, der Artikel der Einigkeit mache ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten unmöglich. Die Vertrauensbrecher müssen aus den Reihen der Partei ausgeschieden werden. Eine gewisse Direktionslosigkeit auf Seiten des Parteiorganstandes lasse sich nicht vermeiden. Die notwendige einheitliche politische Führung der Partei werde vernichtet.

Das Vorwärt'sche Blatt der Gen.-Kom. bezeichnet die Veröffentlichung des Artikels in der Einigkeit als Verrätheriädeln gegen die eigene Partei. Nach der Vorwärts bezeichne den Artikel als Infamie; er bezeichne schädlich, weisen sich die Partei von seinen dieser Spiegel von „Genossen“ zu versehen hat.

Zur Sache selbst ist zu erklären, daß die Verhandlungen auf Wunsch des Parteiorganstandes stattfanden, daß im Auftrag des Legien die Ergebnisse derselben den Gewerkschaftsvorständen zur Stellungnahme unterbreitet wurden und daß das Protokoll der Konferenzverhandlungen am 9. Mai den zuständigen Gewerkschaftsvertretern (sowie dem Parteiorganstand übermittelte) wurde, der letztere sich also seit 1 1/2 Monaten in voller Kenntnis der gegenseitigen Verhandlungen der Gewerkschaftsvertreter befindet. Dadurch wird allen Mißverständnissen auf geheimer Verhandlungen der Gewerkschaftsvorstände der Boden entzogen. Durch die Veröffentlichung dieser Internas haben sich die 31 Anarcho-sozialisten, die dieses Dokument ihres Vertriebs verweigern wollten, ihren Platz als Verräther der Arbeiterbewegung offensichtlich für alle Zeiten gesichert.

Literatur.

Von der Neuen Gesellschaft ist eben das 27. Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: — Grollen: Die Pflicht der Neuterei. — Das schuldige Amt. — Die Wahl von Hlens-Jerolom. — Rußland. — Meine, Meerfahrt. — Wälfürer. — Dr. Fritz Winter. — Die neue Phase der österreichischen Generalpolitik. — Franz Lauffert. — Die Taktik des Starren und die Taktik des Schwachen. — Adolf Braun: Der Schuhmann und der Steuerbote. Eine Geschichte aus der deutschen Kinderliteratur. — Überhand Naderliches: Richtigtrüber. — Kindermund. — F. Sandmann: sein Kind.

Verantwortlicher Redakteur: H. Mollenhuth in Halle.



Schaltheiss-Ausschank

Merseburgerstrasse 10.

Wiedereröffnung

Sonnabend, den 7. Juli cr., 6 Uhr abends.

Fachverein d. Zimmerer v. Halle und Umgegend.

Sonnabend den 7. Juli 1906 abends 8 1/2 Uhr im Weissen Hof
Mitglieder-Versammlung.

- Tagesordnung
1. Generalkommission und Parteivorstand.
 2. Anträge betr. der Bezirksklassierung.
 3. Sonstige Vereins-Angelegenheiten.

Die Wasserfahrt findet bestimmt am Sonnabend den 21. Juli von der Reibungsbrücke ab nach der Neilsburg zu statt. Karten sind jetzt schon beim Vorstand, bei den Bezirksklassierern und den Komiteemitgliedern zu haben. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Halle u. Umg.

Sonnabend d. 7. Juli abds. 8 1/2 Uhr bei Streicher, Al. Klaustr. 7
Mitglieder-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Vortrag über Zahlst. bei wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter. Referent: Genosse Gildenberg.
 2. Verbands-Angelegenheiten.
- Jedes Mitglied hat die Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein, Distrikt Nietleben u. U.

Sonntag der 8. Juli nachmittags 4 Uhr im Gasthof zur Sonne
Mitglieder-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Organisation und Agitation. Referent: Parteisekretär Genosse Heinrich Tabert.
 2. Wahl des Vertrauensmannes.
 3. Ergänzungswahl für die Zeitungskommission.
 4. Verschiedenes.
- Die Genossen werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Soziald. Verein Weissenfels.

Sonnabend den 7. Juli abends 8 1/2 Uhr im Restaur. Zentralthalle
Vereins-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Die Weisheit vor Gericht.
 2. Neuwahlen des Vorstandes.
 3. Verschiedenes.
- Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Streckau.

Sonntag den 8. Juli 1906 vormittags 11 Uhr im Gasthaus „Glück auf“ zu Streckau

Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es notwendig, daß alle Genossen erscheinen. — Gäste haben freien Zutritt.
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein Trebnitz.

Sonntag den 8. Juli nachm. 3 Uhr im Vereinslokal

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Stenoreinnahme. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl der Delegierten zum Kreisitag. 3. Verschiedenes. 4. Diskussion.
Einer gutbesuchten Versammlung sieht entgegen
Der Vorstand.

Eilenburg.

Sozialdemokrat. Wahlverein.

Sonnabend den 7. Juli abends 8 Uhr:

Versammlung.

Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband, Zeitz.

Sonnabend den 7. Juli abends 8 1/2 Uhr bei Kämpfers, Schützenstraße

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Leopolds über: „Genossenschaften und Gewerkschaften.“ 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Verbandsangelegenheiten 4. Geschäftliches 5. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Verlag und die die Inserate verantwortlich: August G... — Druck der Halleischen Genossenschafts-Druckerei (G. u. H. S.) Halle a. S.

Bergarbeiter-Verband,

Zahlstelle Zeitz.

Sonntag den 8. Juli vorm. 11 Uhr in Kämpfers Restaurant, Schützenstraße

ausserordentl. Versammlung.

Erscheinen aller notwendig.

Der Vorstand.

Zeitz! Achtung, Maurer! Zeitz!

Sonnabend den 7. Juli abends 6 1/2 Uhr in Naumanns Restaurant, Gartenstraße 45

öffentl. Versammlung.

Tagesordnung: Endgültige Beschlußfassung über unsere Lohnfrage.
Das Erscheinen jedes Kollegen ist notwendig. Die Lokalkommission.

Konsumverein Streckau u. Umg.

E. G. m. b. H.

Sonntag den 8. Juli nachmittags 2 Uhr im Saale des Herrn Reinhold Zerzog in Luckenau

General-Versammlung.

Tagesordnung:

Geschäftliche Angelegenheiten.

Der Vorstand.

Albin Gabler, Franz Richter, Robert Erdmenger.

Zentralverband d. Schuhmacher Deutschl.,

Zahlstelle Weissenfels.

Sonntag den 8. Juli von nachmittags 3 Uhr an im Restaurant Stadt Naumburg

Sommerfest

bestehend in Konzert, Ball, italienischer Nacht, verbunden mit musikalischen Vorträgen.

Alle Mitglieder nebst Familien-Angehörigen sind hierzu freundschaftlich eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Trothaer Schlösschen, H. Kluge.

Sonntag, den 8. Juli: Grosses Volksfest.

Ein Maskochse wird am Spiege gebraten. Um allerlei Belustigungen, als: Karussellfahrt, Schießbuden, Schauten usw. — Das Braten des Maskochsen beginnt früh 8 Uhr. — Von 9 Uhr an: Bouillon. — Von nachm. 3 Uhr an: Kaffeezeit. — Abends 8 Uhr: Aufführung eines kleinen Lustspiels. — Nachmittags und abends: Konzert. — Eintritt frei.

Geschäfts-Übernahme.

Meinen werten Freunden Bekanntes und Nachbarn zur gefl. Anzeig., daß ich das
Restaurant „Glück auf“
Hordorferstrasse 5,

übernommen habe. Für ff. Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Mit der erg. Bitte, mich gütigst unterstützen zu wollen, zeichne
H. Gruhn.
Bewachungsvoll

Sprechst. 9-6, Sonnt. 10-1.

Zahnziehen
P. 1.—
Völlig schmerzlos
Viele Anerkennungen.

ÄHNE Mk. 2.—
Teilzahlung langjähr. Garantie für gut 24 u. haltbar.
Reparaturen u. Umarbeitung schlechtes. Gebisse schnell u. bill. Flossen Mk. 1.00 an.
P. Fred Eckstein, Leipzigerstr. 43, I.

Grösste Auswahl, billigste Preise, beste Marken, wie:
Naumann's „Germania“
„Brennabor“ und „Saale“-Räder
von Mk. 65.— an, empfiehlt

H. Schöning, Gr. Steinstr. 69.
Luftschläuche von Mk. 3.—, Landdecken von Mk. 4.— an. gratis u. franco versch. m. Preisliste üb. Fahrräder, Zubehör u. Reparaturen.

Friedrich Presche

Rudolf Kaymstrasse 6. Halle a. S. Rudolf Kaymstrasse 6.
Dachdeckungs- u. Asphaltierungs-Geschäft (Spezialität)
bereits 25 Jahre in diesem Fache tätig.
Empfehle mich **doppellagig. Asphalt-Pappdächer, Solzementdächer** etc. nach bewährtestem System unter Garantie.
Pappdach, Reparaturen u. Neuanfriche, Parfettputzen u. Gipsputzen in Asphalt, Asphaltbeläge u. Reparaturen bei Regenbahnen, Trottoirs, Wasserleitungen etc., ion. Annahme d. Schiefer u. Ziegeldächern. — Durchaus sachmännliche, solide Ausführung mit nur prima Material. —
Billige Preise.

Mütter, gebt Euren Kindern

Lebertran-Eulsion
Bestes Kräftigungs- und Nahrungsmittel für schwächliche Kinder.
Fl. 1 u. 2 Mk. Zu haben bei Max Rüdter, Baumischstrasse 8.

Wolff!
Empfehle den werten Genossen von Wolff u. Groppe meine Herren-Garderobe, ion. Durichen u. Anaben-Anzüge Arbeitshosen in blau u. gefirbt, Arbeitsmäntel, Sommerjoppen, Hemden, Westen, Hüten, Hüte und noch versch. andere Bekleidungsgegenstände.
Besonders mache ich zu meinem dies-jährigen Kinderreise auf Bedarfsartikel 1. Art, wie: Schuhen, Mänteln, Hüten aufmerksam und bitte die Gen. mich bei vorkommendem Bedarf zu unterstützen.
Königsplatz 2, Hermannstraße, Posten.

Arbeiter
stellen ein
Ed. Lücke & Strüver,
Lochenhandlung.

Eine Wohnung, Stube, Kam., Kuche, Bad, 210 Mk., sofort oder um 1. Okt. zu vermieten. Zu ersuchen Kleine Klausstraße 2, im Restour.

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller.
Gastspiel des „Metropol-Ensembles“. Direktion: Max Samst. langjähriger Leiter des Friedr. Wilhelmstheater, Theaters zu Berlin.

Grosser Lacherfolg

von

Silbersteins

Flitterwochen.

Schwanz in 3 Akten v. R. Schwarz

Sierauf: „Zapfenstreich“

Parodie in 1 Akt v. Hugo Busse.

(Nach Meyerleins Original bearbeitet.)

Nordsee-Halle.



Aus frischen Fängen

Freitag früh frische Zufuhr!

Schellfisch ohne Kopf Pfd. 25 Pf.

Helgol. Schellfisch „a. 40 Pf.

Bratschellfisch Pfd. 15 Pf.

Kabeljau ohne Kopf Pfd. 20 Pf.

Soelachs ohne Kopf Pfd. 20 Pf.

Karbonaden bratfertig Pfd. 25 Pf.

Austernfischkarbonaden Pfd. 45 Pf.

Rotzungen „a. große Pfd. 55 Pf.

Schollen „a. große Pfd. 55 Pf.

Schollen „a. mittel Pfd. 50 Pf.

Bratschollen Pfd. 20 Pf.

Steinbutt „a. große Pfd. 100 Pf.

Steinbutt „a. 3-6 Pfd. 90 Pf.

Steinbutt „a. 2-3 Pfd. 80 Pf.

Feinste schmachtige, fette

Matjes-Heringe.

Prachtvolle neue

Voll-Heringe.

Feinste Kieler Spickale

in allen Größen.

Nordsee-Halle

der

Deutschen Dampffischer-

Gesellschaft „Nordsee“

Gr. Ulrichstrasse 58.

Gelegenheitskauf.

Ein großer Resten Rammgar-Anzüge in allen Farben & Wf. 12, je lange der Vorrat reicht. Otto Topfer, Halle a. S., Markt, Roter Turm, 1 E.

Rossfleisch

prima Ware, Gehacktes, Rollen und Bratenfleisch 45 Pf., alle Sorten ff. Würst, jeden Abend warm zu haben.

Eckardts Rosschilcherer mit elektrischem Kraftbetrieb, Fährstraße 43 Nähe d. Werderbaggerstr. Fernsprecher 3183.

Tücht. Monteurs

für elektrische Licht und Kraftanlagen stellt ein Karl Grosse, Gottesackerstr. 18

angere Zusammenkunft der Arbeiterschaft durchaus notwendig. Besonders sorgen einige Beamte der Gruben dafür, daß der Besatzmann nicht zur Ruhe kommt. Explosionen sind zu geringen vorhanden, man rednet überall mit einem baldigen Wiedereröffnen der Arbeit, wenn der Lohn und die Arbeitsverhältnisse sich nicht bald ändern.

In Eisenbach gibt der Metallfabrikant Berger seinen Das gegen den Arbeiter-Verband, dessen Vorsitzender Andreß, indem er in seinen Arbeiter-Gesunden betont, Verbindungen werden nicht eingeleitet, wie erst in der Dienstadt - Nummer der Arbeiter Zeitung. Weiterhin wird ab, ob Berger nicht noch mal frech sein wird, Verbindungen zu schließen. Bekanntlich ist der letzte Streit ungunstigen der Arbeiter entschieden, weil aus den Reihen der Streikenden ein Teil arbeitsfähig wurde, trotzdem die 15-18 Wt. wöchentlich Streikunterstützung bekamen. Einer dieser Hülftigen, der Arbeiter Vint, vor sogar acht Jahre Mitglied des Verbandes. Künftig ist nur, daß Berger stets in den Annahmen mit der Summe von 30 Wt. rechnet, die er den Arbeitern zahlt, die ein Jahr bei ihm beschäftigt sind. Es legt haben Leute, die schon acht Jahre bis vor dem Streit dort arbeiteten, von einer solchen Prämie nichts bekommen. Ober hat der Herr diese Prämie erst jetzt eingeführt als Kostmittel für Arbeitsmittel?

Manfred, 6. Juli. (G. B.) Vom Ermlandrat. Der Sittenratgeber D. W. W. hat in einem der dem Landrat v. d. Rede gehörigen Häuser. Er hatte darüber den Rat, den Landrat nicht als Stadtverordneten zu wählen. Test ist ihm die Wohnung, die er für sein Geld so wohnlich wie möglich erst für sich eingerichtet, gefundigt. Gründe hat ihm der Herr Landrat ausdrücklich dargelegt, ebenso auch für die gemachten Aufwendungen an dem feierlichen Saale.

Auch die Steinmetzmeister Gebr. Vogt glauben die Steinmetzarbeiten am neuen Kreisshaus nur deshalb nicht erhalten zu haben, weil sie dem Herrn Landrat nicht mit zum Stadtverordneten gewählt haben. Sie sind die weitaus leistungsfähigste Firma in ihrer Branche in der ganzen Gegend, hätten auch die höchste Meisters. Die drei Weibchen erheben sich in der Hauptstadt ein Brautfräulein Großgeheiß, das garniert, orientiert hatte, während etwa ein Viertel der Arbeiten ein kleiner Steinmetzmeister des Kreises erhielt. Die Uebergebung der Gebr. Vogt trifft auch deren Arbeiter, da abnehm das Gehalt ein sehr hohes in diesem Jahre ist. Als die Gebr. Vogt für einen Tag Arbeit mit Überzug dem Gehalt eine Rechnung von 5.50 Mark gefordert, hat dieser es für notwendig gehalten, sich erst beim Steinmetzmeister Gebr. Vogt zu erkundigen, ob diese Forderung auch gerecht ist.

Seitliche, 5. Juli. (G. B.) Ein Sachunfall. Auf den Niemannscheide wurde der Bauer Karl Wisse aus Eisenbach, beim Untersuchen eines abgetretenen Schusses verletzt und trat. Wunden am Kopf, Arm und Gesicht davon. Das Augenlicht ist glücklicherweise nicht in Mitleidenhaft geogen.

Gangerhausen, 5. Juli. (M. F.) Infälle. Ueberfahren wurde hier der Arbeiter Clemens, indem die Räder eines Gefährtes hinfahren über beide Beine gingen. Die Verletzungen des Ueberfahrenen sind sehr ernst. In einem Eisenbruch in Wergauen verunglückte der Arbeiter Friedrich Halle dadurch, daß er durch ein niedrigeres Gefäßwerk verwickelt wurde und außer mehreren Verletzungen erhebliche Brustverletzungen und Querschnittswunden davontrug. Der Verunglückte wurde nach Halle in die Klinik überführt.

Kreuzen, 5. Juli. (G. B.) Ein hiesiger Lehrer, der die Führung der ihm unterstellten Kinder in etwas sehr scharfer Weise vorgenommen haben soll, ist, wie wir hören, zur Anzeige gebracht worden. Die beiden Angeklagten sind untersuchend sind, wird hienichtlich die Untersuchung dort geführt. Wir geben diese Nachricht, wie auch die von ihm regelmäßig angewendeten Strafmittel nur mit Vorbehalt wieder.

Bretzin a. G., 5. Juli. (G. B.) Ein Lokal steht der Arbeiterchaft von Bretzin, Hintersee und Eichtenberg jetzt wieder zur Verfügung. Wenn auch vorläufig noch nicht zu allen Zwecken, so können doch die wenigsten der verschiedenen und andere Vereine der Arbeiter ihre Versammlungen dort abhalten. Der Wirt vom Gasthof Drei Linden in Eichtenberg, Herr Becker, hatte noch ein Herz für die Arbeiterchaft. Er nahm diese, als die Grundmann herausgewiesen hatte, sofort auf. Aber diese Freiheit des Herrn Becker soll ihm von Seiten der besseren Gesellschaft nicht ungenutzt bleiben. Wie wir erfahren, hat die Partei des Herrn Becker die Bewandlung der Sache verboten, das Lokal fernernicht zu besuchen. Gewissens den Lehrern, welche bis dato dort speisten, soll es verboten sein, weiter dort zu speisen. Das soll das recht sein. Um so mehr werden wir dafür sorgen, daß ein jeder Arbeiter nur bei Herrn Becker verkehrt. Von der Arbeiterchaft wird es auch noch abhängen, wann Herr Becker sein Lokal aus öffentlichen Zwecken hergeben soll. Darum Arbeiter und Parteigenossen von Bretzin und Umgebung, sorgt für die Erhaltung des Lokals, indem ihr alle Mann nur bei Herrn Becker verkehrt. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Torgau, 5. Juli. (G. B.) Soldatenelbstmord. Der 17jährige Fähnrich v. Retow ist in dem hier garnisonierten Infanterieregiment Nr. 72 hat sich in seiner Wohnung im Schloß Parkstein erschossen.

Magdeburg, 5. Juli. (G. B.) Wegen Verbrechen gegen Lebensmittel haben vier Personen hier dem Schwurgericht die Bekundung über drei Jahre in Zuchthaus, die Angeklagte Schmidt zu sieben Monaten Gefängnis und deren Brautjungfer Niemann zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Halle, 5. Juli. (G. B.) Wobstaltsperra. Vor einigen Tagen ist das Wobstalt von hier als Wobstalt beständig. Wie es heißt, will man von einer Sperra oberhalb des Wobstaltessels Abstand nehmen, dagegen die Anlage eines Stauwehres oberhalb Wobstaltens in Erwägung ziehen.

Vollzweites und Gerichtliches.

Schöffengerichtsklage - großer Unfug. So hat das Schöffengericht Bremerhaven entschieden und den Redakteur Genossen Kurth zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Es wurde angenommen, daß durch die Veröffentlichung in der Zeitung nicht nur der Wirt, über dessen Lokal der Postloft verhängt war, geschädigt worden sei, sondern auch jeder an der Veröffentlichung ein Vergernis genommen hätte. Schöffengerichtlich wurde gegen das Urteil Berufung eingelegt. Ein Appellat, der lediglich im Wege der Revision auf das Publikum einwirken will, fällt nicht unter den Bereich des § 360, 11. Die Berufungsinstanz wird zweifellos das schöffengerichtliche Urteil im reichsgerichtlichen Sinne abändern.

Gewerkschaftliches.

Die Branerarbeiten in Berlin sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Der Minimallohn soll 86 Wt. wöchentlich betragen. Lebensstunden sind wochentags mit 80 Wt., Sonntags mit 90 Wt. und für Arbeit an den hohen Festtagen mit 1.00 Wt. zu vergüten. Urlaub ist zu gewähren nach einschlägiger Tätigkeit vier Tage, nach dreijähriger vier Tage und nach fünfjähriger eine Woche unter Fortzahlung des Lohnes. Der erste Tag ist als Feiertag freizugeben. Tarifdauer: Zwei Jahre. Kündigungsfrist: Drei Monate. Von der Sektion II, deren Tarif gleichfalls mit einer sechsmonatlichen Kündigung am Schluß dieses Jahres abläuft, sind auch neue Forderungen gestellt.

Ende der Lithographen-Kampfrang? Ein hiesiges Blatt meldet vom 4. Juni aus Leipzig: Die ausgeführten Lithographen des Seneferbundes beschloßen, die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufzunehmen: Entlassung der Arbeitswilligen, Einführung des Reinsummentages, zehn Prozent Lohnnachzahlung, Beilegung der Heimarbeit. Das Verlangen des Seneferbundes, die Arbeiter, Steinbruder usw. soll nur zu Unterstützungszwecken verwendet werden. Man hofft dadurch die Aufhebung der Beschlagnahme der Gewerkschaftsliste des Seneferbundes zu erzielen.

Manerandsperrung. Der Arbeiterverband im Bauwesen für Mittel- und Ostpreußen, sämtliche organisierte Maurer und Steinbauer, Bau- und Hilfsarbeiter in Nürnberg und Jülich auszusperrten.

Die Organisation der Dienstmädchen macht weitere Fortschritte. In Köln wurde im Anschluß an eine stark besuchte Versammlung von Dienstmädchen, Kindermägdchen und Köchinnen ein Verein Kölner Dienstmädchen gegründet, wozu sofort eine Anzahl der Erschienenen ihren Beitritt erklärten. Mit der neuen Einrichtung ist ein losenloser Stellennachweis und Krankenpflege verbunden.

Die Schafffabrik Dursthaft & Sohn in Stettin hat eine Anzahl Arbeiter, Lohnreduktionen in dem Sinne angefordert, daß es Lohnregulierung sein werden. Die organisierten Kollegen allerorts werden ersucht, vor Eingehung von Engagement bei der Betriebsverwaltung in Leipzig Erkundigungen einzulegen.

Wohlfahrtsplage. Aus Anlaß des 175jährigen Geburtsjubiläum der Firma J. W. Hendels in Solingen einen Fonds von 50000 Mark gestiftet, dessen Zinsen zur Unterstützung bedürftiger Arbeiter verwendet werden sollen. - Feuerversicherung!

Gerichtssaal.

Schwurgericht. Vorstehen: Landgerichtsaal Braun. Weisler: Landrichter Winter und Uffler Donals. Ankläger: Staatsanwalt Dr. G. Me. Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. S. G. S. a. n. b. Als Angeklagte wurde aus der Untersuchungsfrist verurteilt die verheiratete Arbeiterin Wilmhilde B. a. l. 16 von hier, geboren in Heringsen, 55 Jahre alt. Die Angeklagte wurde des Verbrechen nach

§ 129 des Str.-G.-B.

beschuldigt, weil sie von Anfang bis Mitte Mai 1906 einer Frau und einem Dienstmädchen, die sich als Mutter fühlten, gegen Entgelt Mittel zur Abtreibung verschafft habe, und an einer dritten Frau einen Abtreibungsversuch unternommen haben soll. Die Angeklagte ist bereits einmal im Jahre 1897 wegen Verschleiss von Abtreibungsmitteln zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Ein Verwandter der Angeklagten soll, wie in der Zeitung berichtet worden, als Angeber die Hand bei der Sache im Spiele gehabt haben. Angestellte Ermittlungen ergaben dann, daß die Angeklagte, deren Mann Arbeiter ist, mit ihrem fünf Kindern aufgezogen, gut gelobt haben soll. Hausnachbarn bemerkten, daß in der Wohnung der Angeklagten ein junges Mädchen ein- und ausgingen. Gelegentlich einer Hausdurchsichtigung wurde bei der Angeklagten ein verbotenes Instrument vorgefunden, und in einer Kammer ein junges fränkisches Mädchen aus Leipzig bemerkt, das von der Tochter der Angeklagten fälschlich als deren Cousine bezeichnet wurde. Das „Geschäft“ der Angeklagten soll gut fortgesetzt werden. Die Angeklagte erklärte sich für nicht schuldig und behauptete, sie habe die Mittel von einem Bekannten, die zu ihr kamen, nicht gekauft. Hätte sie von den Umständen der Verurteilung Kenntnis gehabt, dann hätte sie die „Hilfenden“ mit dem Weien hinausgebracht, denn sie habe doch durch ihre Wortfalle gewußt, was solche Sache für Folgen haben könnte. Die Beweisaufnahme entrollte jedoch ein höchlichst vivid von dem der Angeklagten, die allerdings für ihre Tat nicht allein verantwortlich zu machen ist. Und der Verteidiger hatte nicht Unrecht, als er darlegte, daß nicht bloß die Frauen, die die Angeklagte aufsuchten, sondern auch die Männer, die dahinter standen, von Schuld nicht frei zu machen wären. Im Laufe dieses Monats werden sich im Hofe befinden auch noch zwei unglückliche Frauen und drei Mädchen wegen ähnlicher Verbrechen, die von der Schwärmer zu verurteilt haben. Ein 20jähriges Dienstmädchen befindet sich in Untersuchungshaft.

Die Verhandlung entzog sich wegen Unterzückung der Öffentlichkeit. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß die Angeklagte gegen Entgelt gewerkschaftlich gehandelt hat und die Sache im großen Stille betrieben habe. Die Schulfragen seien zu bejahen. Nach dem Spruche der Geschworenen wurden die Frau Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust verhängt. Der Verteidiger hat bei Ueberlegung der Strafe den lebenden Zustand der Angeklagten zu berücksichtigen. Das nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit verhandelte Urteil lautete auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus

und drei Jahre Ehrverlust. Als erwiesen angenommen wurden zwei Fälle vollendete und ein Fall verurteilter Abtreibung. Bei der Strafmaßnahme wurde der Zustand der Angeklagten als mildernd, die Wortfalle und die Gefährlichkeit des Tuns nach den bei uns geltenden Grundsätzen und Sitten aber als verneinend berücksichtigt. Die Angeklagten haben nur die verurteilten Frauen und die beteiligten Personen ein gewisses Mitleid nicht verlangen. Die Motive zur Tat sind mit der Not, Kinderlos zu werden, verbunden. Die Bevölkerung, in denen die Kinderlos an härtesten empfunden wird, mit der Wahl gewisser Mittel nicht so vorsichtig ist, als in anderen Kreisen, die im Punkte der Verlegung vielles davon haben.

Strassengericht.

Messerstecherei. In der Nacht vom 25. Mai kam der Schweizer Rudolf Gerlach von Wülfenbüchel, der mit mehreren Bekannten in Rauchhof zum Jahrmarkt und Tanzvergnügen gewesen war, auf dem Wege nach Wülfenbüchel mit dem Knacki Alo Bauer in Streit. Nach heftigem Wortwechsel und keiner Rempelei zog Gerlach sein Messer und verletzte dem Bauer drei recht erhebliche Stiche in die Hüfte, den unteren Arm und die Schulter. Der eine Stich hätte bald die Lunge verletzt. Der Verletzte hatte nach dem Geschehnisse eine halbe Stunde auf dem Felde gelegen und sich bald verurteilt. Er ist noch in einem ärztlichen Behandlung. Der Täter wurde mit einer sechs Monate Gefängnis bestraft. Hinter verurteilten Frauen wurde verhandelt gegen einen 24jährigen Arbeiter von hier, der mit einem Mädchen unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen hatte. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis. Der 26jährige wurde die Verurteilung eines Schöffengerichtes, der von Gerlach mit einem Mädchen unter 16 Monaten Gefängnis bestraft worden ist. Er hatte sich über der solchen Vorgänge, er wolle eine Bäckerei errichten, eine Teilnehmungschein erwidern.

Schöffengericht.

Die Eisernecht brachte es mit sich, daß drei Geschworenener von Eichen gleichzeitig eines Langvergnügens mit drei Mädchen von Halle die in Eichen, nach heftigem Wortwechsel und keiner Rempelei zog Gerlach sein Messer und verletzte dem Bauer drei recht erhebliche Stiche in die Hüfte, den unteren Arm und die Schulter. Der eine Stich hätte bald die Lunge verletzt. Der Verletzte hatte nach dem Geschehnisse eine halbe Stunde auf dem Felde gelegen und sich bald verurteilt. Er ist noch in einem ärztlichen Behandlung. Der Täter wurde mit einer sechs Monate Gefängnis bestraft. Hinter verurteilten Frauen wurde verhandelt gegen einen 24jährigen Arbeiter von hier, der mit einem Mädchen unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen hatte. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis. Der 26jährige wurde die Verurteilung eines Schöffengerichtes, der von Gerlach mit einem Mädchen unter 16 Monaten Gefängnis bestraft worden ist. Er hatte sich über der solchen Vorgänge, er wolle eine Bäckerei errichten, eine Teilnehmungschein erwidern.

die Flucht ergriffen. Die Täter wurden mit sechs Wochen, zwei Wochen Gefängnis und 30 Wt. Geldstrafe belegt.

Zus der Genossenschaftsbewegung.

Der Konsumverein Weisfelsheim hielt am Sonntagabend, den 17. d. d. mehreren Richtungen interessante Veranstaltung ab, die für mehrere Vermählungsbeiräte als Barmannsgesellen dienen mag. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Umsatz am letzten Vierteljahr gestiegen ist; es muß jedoch noch viel mehr gehen, wenn der Verein das werden soll, was wir von ihm erwarten. Der Umsatz entspricht nicht die Mitgliederzahl, und noch weit weniger entspricht die Mitgliederzahl der am Orte beschäftigten Arbeiter. Die Distrikon, die sich an dem Geschäftsbericht angeschlossen, war eine ausgehende, die leider auch ab und zu über das Ziel hinaus ging. Barmannsgesellen besuchte die Distrikon um das Wort, das sonst immer als sehr gut bezeichnet werden mußte, seit einigen Wochen aber als weniger gut zu bezeichnen ist; obgleich nur gute Worte verstanden werden, entspricht die Qualität den Erwartungen nicht, um so weniger, wenn man in Betracht zieht, daß wir eine mit allen technischen Hilfsmitteln aus beste eingerichtete Bäckerei haben. Aus der eingehenden Aussprache ist zu entnehmen, daß jede eine Verbesserung eintritt. Hoffen wir es. Mit Recht wurde ausgeführt, daß mit der Bäckerei die Genossenschaftsarbeit und Maßnahmen wurden aus schärfer kritisiert, und richteten sich die Angriffe hauptsächlich gegen den Geschäftsführer. Wenn auch gegen diesen die Angriffe gerichtet waren, so sollen sie doch auf die Gesamtverwaltung zurück, da diese die Verantwortung in ihrer Gesamtheit trägt. Die Distrikon fand ihren Höhepunkt darin, daß eine Resolution eingebracht wurde, worin die Verwaltung aufgefordert wurde, ihre volle Macht und Schuldbiligkeit zu tun. Zu dieser Resolution wurde noch ein Zusatz beantragt, den Geschäftsführer seines Amtes zu entheben. Weis wurde nach kurzer Aussprache zurückgezogen. Aus dem Ausschuss sind folgende die Genossen Pormann und Kiesel. Gewählt wurden Kiesel, Menge, Böhle und S. Kiesel, letztere beiden zur Ergänzung. Verleitet wurden nur der Geschäftsleiter und die Wahl der Ausschussmitglieder; der dritte Punkt, Bericht vom Unterverbande in Weisfelsheim, wurde vertagt. Gegen 1/3 Uhr wurde die Veranstaltung geschlossen.

Wenn auch die Geller best aufstehenberplätzen, so war doch nur immer das eine die Zielsetzung: Uniere Genossenschaft zu vervollkommen, das entschuldig manches harte Wort; nicht verdrängt ging die Verarmung auseinander, sondern befehl von dem Gedanken, weiter zu arbeiten, zu agitieren, neue Mitglieder heranzuziehen. Viel ist schon erreicht, aber noch viel, viel mehr muß erreicht werden, und das bedarf der Mitarbeit aller.

Veranstaltungsberichte.

Öffentliche Volks-Versammlung Festlichkeits. In Rathaus von Fortuna fand am 24. Juni eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Bezirkssekretär Dreißler-Galle über das Thema: 200 Millionen Mark neue Steuern sprach. In äußerst interessanter Weise führte er den Anwesenden vor Augen, wozu diese Steuern gebraucht werden sollen und in welchem Maße die Wirtschaft der Reichsregierung davon betroffen haben. Dem Volke, der Arbeiterchaft vor allem, diese Steuern aufzuklären, während die Klasse jener Projektanten meist von diesen Lasten ungetroffen bleibt. Der erdruckende Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Aufzählung des Referenten, hoch politisch zu organisieren, folgten 35 Personen. Genosse Behrend teilte der Versammlung mit, wie wichtig ununterbrochen die Arbeiterpartei die sogenannte Sonntagsentscheidung betreibt. Ein ärztliches Flugblatt, betitelt: Die Sozialdemokratie als billiger Jakob ist sogar vor den Straftatüren den Gläubigen in die Hand gedrückt worden. In dem Beschreibsel wird die Sozialdemokratie in der gemeintem Weise beschimpft, die Parteimitglieder aber als die allein schuldigen an der ununterbrochenen Verurteilung der Arbeiterchaft dargestellt. Die Sozialdemokratie wird als billiger Jakob ist sogar vor den Straftatüren den Gläubigen in die Hand gedrückt worden. In dem Beschreibsel wird die Sozialdemokratie in der gemeintem Weise beschimpft, die Parteimitglieder aber als die allein schuldigen an der ununterbrochenen Verurteilung der Arbeiterchaft dargestellt. Die Sozialdemokratie wird als billiger Jakob ist sogar vor den Straftatüren den Gläubigen in die Hand gedrückt worden. In dem Beschreibsel wird die Sozialdemokratie in der gemeintem Weise beschimpft, die Parteimitglieder aber als die allein schuldigen an der ununterbrochenen Verurteilung der Arbeiterchaft dargestellt.

Sozialdemokratischer Verein Weisfelsheim. In der Versammlung am 24. Juni hielt Genosse Brause den Monatsbericht. Er sprach über die stattgefundenen Kongresse und Generalversammlungen, besonders über den Verzehtag in Halle und den Verzehtag in Minden. Auch die Agitation der Anarcho-Sozialisten am Orte berührte er. Es ernteten sich darüber eine rege Debatte, da auch am dieser Zeit anwesend waren. Der Bericht wurde mit großem Interesse aufgenommen und die richtige ist. Die Diskussion mußte jedoch vertagt werden und wird sich die nächste Versammlung weiter mit der Frage beschäftigen. Mögen die Mitglieder zu dieser Versammlung zahlreich erscheinen. (20. 6.) R. H.

Aus dem Bezirk.

Berlin. Aufgelöst die Bäckerei-Veranstaltung. Die letzte Versammlung des Bäckerei-Vereins in der Reichshauptstadt wurde vollständig aufgelöst. Einleitend erklärte der gräfliche Festungslandauer, er hätte eigentlich schon wieder nach der alten, verfallenen Saubere Weisfelsheim zurückkehren müssen, da sein Urlaub abgelaufen sei. Er habe sich aber Hals über Kopf in ein Thüringer Sanatorium begeben und sich dort ein ärztliches Urteil verschafft. Die Bäckerei-Veranstaltung war die richtige ist. Die Diskussion mußte jedoch vertagt werden und wird sich die nächste Versammlung weiter mit der Frage beschäftigen. Mögen die Mitglieder zu dieser Versammlung zahlreich erscheinen. (20. 6.) R. H.

Wilmersdorf (G. Berlin). Vom Bau der 2. auf einem Neubau der Pariserstraße wurden zwei Zimmerleute von der dritten Etage herab. Einer war sofort tot, der andere ist schwer verletzt.

Dresden. Die Schützen der Bangetzschstr. r. i. n. Eine Affäre, die der des Major v. Zander und seiner Frau in einigen Stücken ähnlich ist, befindet sich die Staatsanwaltschaft. Die früher in Garmisch wohnhafte, ehemalige aus Wirta gehörige Bangetzschstr. r. i. n. (Eisenbahn) Wölmke, die in Dresden mit ihrer 20jährigen Tochter Emilie und einem Baron v. d. Jäne einen gemeinsamen Haushalt führte, hat im Laufe der letzten Jahre über siebzehn Dresdener Firmen um bedeutendes Summen geschädigt. Die Ver-



